

zu TOP

DIE LINKE.

STADTRATSFRAKTION MAINZ

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46

55116 Mainz

Zimmer 2.066

Tel. 0 61 31 - 12 39 14

Mainz, 29.09.2023

Anfrage 1521/2023 zur Sitzung Stadtrat am 11.10.2023

Auswirkungen des „Gesetzes zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness“ auf die Landeshauptstadt Mainz (DIE LINKE)

Das Bundeskabinett hat am 30.08.2023 den Entwurf des „Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness“, besser bekannt als „Wachstumschancengesetz“, beschlossen. Geplant ist aktuell, dass das Gesetz vom Bundestag im November, vom Bundesrat im Dezember beschlossen werden soll. Laut Schätzungen des Bundesfinanzministeriums wird das Gesetz zu Steuerersparnissen von 6,7 Milliarden Euro führen, welche der öffentlichen Hand fehlen werden. Die Kommunen müssen davon voraussichtlich einen Fehlbetrag von 1,9 Milliarden Euro schultern. Die Lage der Städte und Gemeinden ist ohnehin seit Jahren angespannt bis katastrophal. Es kann erwartet werden, dass durch den Beschluss des Wachstumschancengesetzes mit Einschnitten in den kommunalen Haushalten zu rechnen ist und die Länder geringere Fördertöpfe bereitstellen werden. Es ist wichtig, dass die Kommunen deutlich machen, dass sie auf Einnahmen angewiesen sind. Darüber hinaus muss sich auch vergegenwärtigt werden, was das neue Gesetz in seiner aktuellen Fassung für unsere Kommune bedeuten würde.

Wir fragen an:

1. Welche Auswirkungen sind durch den aktuellen Gesetzesentwurf des „Gesetzes zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness“ auf die Landeshauptstadt Mainz zu erwarten? Welche finanziellen, organisatorischen und personellen Auswirkungen können erwartet werden?
2. Gibt es bereits Überlegungen, wie mit zu erwartenden Mindereinnahmen umgegangen werden soll (Beispielsweise durch Kürzungen, Stellenabbau, Beendigung von Projekten, erhöhte Einnahmen aus anderen Quellen)?

3. Versucht die Stadtverwaltung Einfluss auf eine Veränderung oder Verhinderung des Gesetzes zu nehmen. Wenn ja, was tut die Verwaltung konkret? Wenn nein, wieso nicht?

Tupac Orellana
(Ko-Fraktionsvorsitzender)